

Volltext zu MIR Dok.: 228-2007
Veröffentlicht in: MIR 06/2007
Gericht: AG Düsseldorf
Aktenzeichen: 41 C 1538/07
Entscheidungsdatum: 16.05.2007
Vorinstanz(en):

Permanenter Link zum Dokument: http://www.medien-internet-und-recht.de/volltext.php?mir_dok_id=1250

www.medien-internet-und-recht.de

ISSN: 1861-9754

MEDIEN INTERNET und RECHT und alle in der Publikation/Zeitschrift enthaltenden Inhalte, Beiträge, Abbildungen und Veröffentlichungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Verlagsrechte erstrecken sich auch auf die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, die urheberrechtlichen Schutz genießen, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung/Redaktion redigiert bzw. erarbeitet sind. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Nutzungs-/Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Diese Rechtsübertragung bezieht sich insbesondere auf das Recht des Verlages, das Werk zu gewerblichen Zwecken per Kopie (Mikrofilm, Fotokopie, CD-ROM, Dateikopien oder andere Verfahren in Online- und Printmedien etc.) zu vervielfältigen und/oder in elektronische oder andere Datenbanken aufzunehmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Mit Namen (Autor/Gericht/Quelle) gekennzeichnete Beiträge stellen ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Inhaltliche oder redaktionelle Fehler vorbehalten.

**AMTSGERICHT DÜSSELDORF
IM NAMEN DES VOLKES
Urteil**

In dem Rechtsstreit

Klägers,

gegen

Beklagte,

hat das Amtsgericht Düsseldorf
im vereinfachten Verfahren nach Lage der Akten am 16.05.2007 durch

für Recht erkannt:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger € 296,01 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 05.08.2005 und einen Verzugschaden in Höhe von € 26,39 zu zahlen.

Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Beklagte.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Streitwert: € 296,01

Ohne Tatbestand

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulässig und begründet. Dem Kläger steht der geltend gemachte Zahlungsanspruch aus § 812 BGB zu.

Es kann dahinstehen, ob der Vertrag nach § 134 BGB nichtig ist. Denn jedenfalls handelt es sich um eine überraschende Klausel, die nach §§ 305 c ff. BGB unwirksam ist. Wer ein Probeabonnement abschließt, muss nicht damit rechnen, dass für den Fall, dass er nicht kündigt, sich der Vertrag um jeweils 30 Tage fortsetzt. Der Kläger kann daher erfolgreich unter dem Gesichtspunkt einer ungerechtfertigten Bereicherung der Beklagten die gezahlten Beiträge für den Verlängerungszeitraum von insgesamt ,9 296,01 zurückverlangen.

Die Kosten der vorgerichtlichen Inanspruchnahme stehen dem Kläger in der nunmehr geltend gemachten Höhe ebenfalls zu (nicht anrechenbare 0,65-fache Gebühr nebst Kostenpauschale und MWS#.). Der Zinsanspruch folgt aus §§ 286, 288 BGB. Die Beklagte befand sich infolge des Mahnschreibens vom 21 A7.2006 seit dem 05.08.2006 in Verzug.

Die prozessualen Nebenentscheidungen folgen aus §§ 92, 708 Nr. 11, 711, 713 ZPO. Soweit der Antrag hinsichtlich der Kosten der vorgerichtlichen Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts modifiziert wurde, geschah dies kostenneutral, da es sich um eine streitwertneutrale Nebenforderung handelt.